



Mont-Saint-Martin, eine beschauliche Gemeinde im Departement Meurthe-et-Moselle, steht still. Kein öffentliches Gebäude war am Dienstag, dem 11. Juni, geöffnet. Was wie ein Streik aussieht, ist in Wahrheit ein dramatischer Hilferuf – ein Appell an die Versicherungsbranche, die diese Gemeinde schlichtweg im Stich lässt.

Ein ungewöhnlicher Protest

Die Szenerie könnte aus einem apokalyptischen Film stammen. Leere Straßen, geschlossene Schulen, keine öffentlichen Dienstleistungen. Doch der Grund ist ernst: Mont-Saint-Martin findet keinen Versicherer mehr. „Dies symbolisiert die potenziellen Herausforderungen von morgen – wenn essentielle öffentliche Dienstleistungen nicht mehr versichert werden können“, erklärt Élise Augié, die Direktorin der Gemeindedienste.

Die Nachwirkungen der Unruhen

Der Ausgangspunkt dieser Krise liegt ein Jahr zurück. Neun öffentliche Gebäude wurden bei den Unruhen im Juni beschädigt, die nach dem tragischen Tod des jungen Nahel in vielen Städten Frankreichs ausbrachen. Die Reparaturkosten beliefen sich auf stolze drei Millionen Euro. Eine Summe, die die Gemeindekasse stark belastet hat – und jetzt Versicherer abschreckt. Nun steht die Gemeinde ohne Schutz da, die Versicherungsunternehmen haben sich zurückgezogen.

Ein unsicherer Alltag

„Wie sollen wir so den Alltag unserer Bürger sichern?“, fragt sich Bürgermeister Jean-Paul Durand verzweifelt. Ohne Versicherung ist jede Reparatur, jeder Schaden ein finanzielles Risiko, das die Gemeinde nicht tragen kann. Schulen bleiben geschlossen, kulturelle Einrichtungen und sogar Verwaltungsbüros sind betroffen. Diese Stadt – einst lebendig und pulsierend – steht still.

Der Appell an die Versicherungsbranche

Mont-Saint-Martin ruft laut um Hilfe. Die Operation „ville morte“ ist eine drastische Maßnahme, die die Dringlichkeit der Situation unterstreicht. Es geht nicht nur um die fehlenden Versicherungen, sondern auch um die Zukunftsfähigkeit der Kommune. „Wir benötigen dringend eine Lösung“, betont Augié. Doch bisher bleiben die Versicherer stumm. Kein Angebot, keine Verhandlungen.



Solidarität gefragt

Es braucht jetzt Solidarität – nicht nur von Versicherern, sondern auch von der Politik und der Gemeinschaft. Andere Gemeinden könnten sich bald in einer ähnlichen Lage wiederfinden. Eine Lösung muss her, die über den Einzelfall hinausgeht und auch strukturelle Veränderungen im Versicherungswesen mit sich bringt.

Diese Aktion sollte die Politik wachrütteln. Wie kann es sein, dass eine Gemeinde von der Grundversorgung abgeschnitten wird, nur weil Versicherer kalte Füße bekommen? Es braucht jetzt Mut und Innovation, um Lösungen zu finden, die sowohl den Gemeinden als auch den Versicherern gerecht werden.

Die leeren Straßen von Mont-Saint-Martin sind mehr als ein Symbol – sie sind ein Schrei nach Gerechtigkeit und Unterstützung. Wer hört diesen Ruf?